

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 84 (1993)

Heft: 20

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Politik und Gesellschaft Politique et société

Bundespräsident Ogi: «Mit «Energie 2000» liegen wir richtig»

«Mit «Energie 2000» liegen wir richtig». Dies erklärte Bundespräsident Adolf Ogi bei der Präsentation des dritten Jahresberichts am 16. September in Bern. Für den Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements ist das Aktionsprogramm ein Weg zwischen zwei Fronten: Hüben all jene, die vor den Umweltproblemen die Augen verschliessen, und drüben die Befürworter einer Gesetzesmaschinerie auf Hochtouren.

«Energie 2000» ist die Antwort des Bundesrates auf die Volksabstimmung vom 23. September 1990. Damals wurden der Energieartikel und ein zehnjähriges Moratorium für neue Kernkraftwerke angenommen. Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde abgelehnt.

Das Programm basiert weitgehend auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. «Es geht darum, den Menschen zu einem verantwortungsbewussteren Verhalten zu bringen – durch Überzeugungs-

arbeit und durch das gute Beispiel», sagte Bundespräsident Ogi. Er gab zu bedenken, dass Gemeinden und Kantone nicht in der Lage sind, beliebige Mengen von Vorschriften aus Bundesbern in die Tat umzusetzen.

Eine Chance für die Schweiz

Ein weiteres Merkmal von «Energie 2000» ist die Bereitschaft zur Konfliktlösung. «In den Konfliktlösungsgruppen werden die Kontrahenten aus den Schützengräben an den grünen Tisch geholt», sagte Ogi. Das sei denn auch mit ein Grund, weshalb das Aktionsprogramm international seinesgleichen suche. Politisch gebe es keine Alternative zu «Energie 2000».

Bundespräsident Ogi bezeichnete das Aktionsprogramm als Chance für die Schweiz. Das Programm hilft wesentlich mit, die Umwelt zu schützen. Es bildet den schweizerischen Beitrag zur Lösung des globalen Klimaproblems. «Energie 2000» sichert die Energieversorgung und schafft Arbeitsplätze in zukunfts-trächtigen Bereichen. Bereits ist die Schweiz weltweit führend, beispielsweise auf dem Gebiet leichter Elektromobile.



Vertreter der Aktionsgruppen von «Energie 2000» an der Pressekonferenz



Bundesrat Adolf Ogi an der Präsentation des 3. Jahresberichts «Energie 2000» in Bern: «Und es bewegt sich doch!»
(Photo: I. Zurfluh)

Das Aktionsprogramm bewegt sich doch

Der dritte Jahresbericht stand unter dem Motto «Und es bewegt sich doch!» Entgegen den Skeptikern und Pessimisten hat das Programm bereits viel erreicht. Den Beweis dafür liefern Hunderte von Projekten von Privaten und der Wirtschaft, die in die Wege geleitet oder realisiert worden sind. Gemeinden, Kantone und Bund haben zahlreiche Konzepte und Massnahmen beschlossen. Die Zusammenarbeit in den verschiedenen Gruppen trägt Früchte.

Bundespräsident Ogi nannte vier Beispiele realisierter Projekte: Kurse für sparsames Autofahren, die wärmetechnische Sanierung von Wohnhäusern zur Senkung des Heizenergieverbrauchs, die Lancierung preisgünstiger Solaranlagen für Einfamilienhäuser und einen Wettbewerb, mit dem energiesparende Bürogeräte künftig ausgezeichnet und mit einem «Label» versehen werden. Ohne «Energie 2000» wäre weit weniger gesehen, fügte er bei.

Bald ein Drittel der Marathonstrecke

Vieles ist erreicht, noch mehr bleibt zu tun. «Wir haben erst ein knappes Drittel des Marathons hinter uns», stellte der Vorsteher

des EVED fest. Ein Hindernis bildet die Tatsache, dass die Energiepreise heute real tiefer liegen als vor der ersten Erdölkrise von 1973. Für etwa Ende Jahr stellte Ogi die Vernehmlassung für eine CO₂- oder Energielebensabgabe in Aussicht. Möglichst gleichzeitig werde auch das Energiegesetz in Vernehmlassung gehen.

Hans Luzius Schmid, Vizedirektor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, leitet das auf zehn Jahre angelegte Aktionsprogramm. An der Pressekonferenz stellte er – nach drei Jahren – erste Auswirkungen fest. Erstens habe «Energie 2000» das Energiebewusstsein der Bevölkerung gestärkt, wie aus einer Umfrage hervorgeht. Zweitens hätten die zahlreichen Diskussionen in den Konfliktlösungsgruppen, in den Aktionsgruppen und in der Begleitgruppe zu konstruktiven Ansätzen für die künftige Zusammenarbeit geführt. Drittens hätten Hunderte von Projekten einen Beitrag zur Zielerreichung geleistet.

Erste Ergebnisse

Erste messbare Resultate liegen bei den erneuerbaren Energien vor. Im Vergleich zu 1990 sollen bis ins Jahr 2000 zusätzlich 0,5% des Strom- und 3% des Wärmebedarfs durch regenerier-

bare Energien erzeugt werden. Wie Schmid bekanntgeben konnte, sind 6% des Strom-Ziels und 15–20% des Wärme-Ziels bereits erreicht.

Für die Stromproduktion aus Wasserkraft setzt «Energie 2000» innert zehn Jahren ein Wachstum um 5% zum Ziel. Wenn man die im Bau befindlichen Projekte berücksichtigt, sei das Wasserkraft-Ziel zu 46% erreicht, erklärte Schmid. Der Energieverbrauch der Schweiz habe 1992 stagniert und sei in der ersten Hälfte dieses Jahres gesunken. Neben der Rezession und dem Wetter habe auch «Energie 2000» dazu beigetragen.

Mit gebündelter Kraft in Richtung Ziel

Der Programmleiter rief die Teilnehmer zu verstärkten Anstrengungen auf, damit alle Ziele von «Energie 2000» erreicht werden können. Für das vierte Jahr richtete er spezielle Wünsche an Kantone und Gemeinden, an die Umweltorganisationen und die Energiewirtschaft. Priorität haben für ihn im nächsten Jahr die Lenkungsabgabe, Massnahmen zur Verminderung des Treibstoffverbrauchs sowie eine Strategie zur rationelleren Verwendung von leitungsgebundenen Energien.

Das Aktionsprogramm hat alle Kräfte gebündelt, die sich in der Schweiz mit Energie befassen. Mehr als 80 Organisationen und Stellen von Bund, Kantonen und Gemeinden, der Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenorganisationen arbeiten gemeinsam auf die Ziele des Programms hin. Es wird auch von allen Bundesratsparteien unterstützt.

Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

«Energie 2000»: Aktionsgruppe Elektrizität prämiiert genügsame Bürogeräte

(age) Stromsparende Bürogeräte werden ab Januar 1994 in der Schweiz an einem «Label» erkenntlich sein. Das

hat Bundespräsident Adolf Ogi am 16. September in Bern bekanntgegeben. Im Rahmen des Aktionsprogramms «Energie 2000» wird die Prämierung zurzeit von der Aktionsgruppe Elektrizität (AGE) vorbereitet.

Als Grund für die Prämierung nannte Bundespräsident Ogi den schnell steigenden Stromverbrauch durch Büro-Elektronik. Die Technik für eine kräftige Drosselung des Verbrauchs sei vor allem für den «Standby»-Betrieb vorhanden, werde aber noch nicht voll ausgeschöpft. Der Label soll die Marktchancen stromeffizienter Geräte erhöhen und die Industrie zu verstärkten Anstrengungen auf diesem Gebiet anspornen.

Die Aktionsgruppe Elektrizität will die Stromeffizienz möglichst vieler Betriebe und Haushalte kräftig erhöhen. Der geplante Label ist einer unter vielen konkreten Massnahmen. Drei weitere Beispiele seien nachstehend genannt.

Weniger Strom für gleichviel Wärme

Elektroheizungen sind nicht mehr zeitgemäss. Ihr Ersatz durch eine viel effizientere Wärmepumpenheizung wird in sechs Pilot-Gemeinden angestrebt. 700 Besitzer von Elektroheizungen werden von den örtlichen Elektrizitätswerken entsprechend beraten. Die Aktion wird parallel durchgeführt in den Gemeinden Rheinau ZH, Lenzerheide GR, Wilen bei Wil TG, Kriens LU, Obersiggenthal AG und Bellach SO. In einer zweiten Runde sollen weitere interessierte Gemeinden einbezogen werden.

Neue Grossgeräte für 50 Haushalte

Beim Kauf neuer Geräte ist das Stromsparen auf einfache, wirtschaftliche Art möglich. Das Ausmass der Einsparungen wird durch eine Aktion dokumentiert, die in 50 Haushalten, verteilt über die ganze Schweiz, durchgeführt wird. Besonders geschulte lokale Verkäufer beraten sie beim Ersatz ihrer alten Haushalt-Grossgeräte. Im Auftrag von «Energie 2000» wird die Aktion durch Infel, das Konsu-

mentinnenforum und die Stiftung für Konsumentenschutz durchgeführt.

Erste Hilfe beim Stromsparen

In der Westschweiz genügt ein Anruf, um eine kurze Sofort-Energieberatung zu erhalten. Über die Energietelefon-Nummer 155 33 90 kann einer von acht Fachleuten angefordert werden, die nebenamtlich als «Patrouilleurs Energie 2000» auf Piket stehen. Sie beraten vor allem Bauherren, Betriebsleute, Planer und Installateure. Die Einsatzzentrale wurde mit der Electricité Romande und der Fédération Romande des Consommatrices organisiert.

Une distinction pour les appareils de bureau économes en électricité

(gae) Les appareils de bureau économes en électricité seront reconnaissables en Suisse dès janvier 1994 grâce à un label de qualité énergétique. C'est ce qu'a fait savoir le président de la Confédération Adolf Ogi, jeudi le 16 septembre à Berne. La distinction est préparée par le groupe d'action électricité du programme «Energie 2000».

Selon le président Ogi, une distinction attribuée aux appareils de bureau se justifie à cause de la croissance rapide de la consommation d'électricité de la bureautique. Un potentiel d'économie appréciable se situe dans les techniques de diminution des consommations des appareils en «stand-by», c'est-à-dire en mode d'attente. Il reste encore beaucoup à faire dans ce domaine. Le label doit permettre d'accroître les chances dans le marché des appareils performants et de stimuler les développements dans ce domaine.

Le groupe d'action électricité met un accent particulier sur l'augmentation des performances énergétiques dans les entreprises et les ménages. Le label est un moyen parmi beaucoup d'autres. Trois autres exemples ont été donnés.

Autant de chaleur, mais avec moins d'électricité

Les chauffages électriques ne sont plus appropriés. Une promotion pour les remplacer par des pompes à chaleur beaucoup plus performantes est en cours dans six communes-pilotes. Les compagnies d'électricité locales ont entrepris de conseiller 700 propriétaires de chauffages électriques. Les actions sont conduites à Rheinau ZH, Lenzerheide GR, Wilen chez Wil TG, Kriens LU, Obersiggenthal AG et Bellach SO. On compte élargir le cercle à d'autres communes.

Nouveaux appareils ménagers pour 50 ménages

Il est aisé et rentable de diminuer la consommation d'électricité lors de l'achat de nouveaux appareils. L'ampleur des économies est illustrée par une action répartie dans 50 ménages suisses. Des vendeurs spécialement instruits conseillent les ménages lors du remplacement des vieux appareils. En Suisse romande, cette action d'«Energie 2000» sera exécutée conjointement par Electricité romande et la Fédération romande des consommatrices.

Premiers secours pour économiser

Un appel téléphonique suffit en Suisse romande pour obtenir immédiatement une assistance en matière d'énergie. Une ligne énergie (tél. 155 33 90) permet d'atteindre l'un des huit spécialistes qui, en marge de son activité professionnelle, est de piquet en tant que patrouilleur «Energie 2000». Leur intervention est destinée avant tout aux maîtres d'ouvrages, exploitants, architectes, ingénieurs et installateurs.

La centrale d'engagement a été organisée en collaboration avec Electricité romande et la Fédération romande des consommatrices.

Vollzugseffizienz spart Kosten und Energie

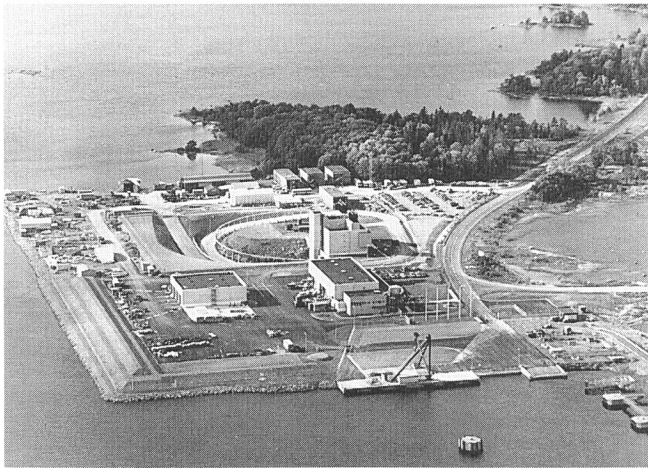
(bew) Anlässlich eines kürzlich in Bern abgehaltenen Seminars präsentierten das Bundesamt für Energiewirtschaft und

eine interkantonale Arbeitsgruppe weitreichende Verbesserungsmöglichkeiten beim Vollzug der Energievorschriften bei Hochbauten. Hierbei stützten sie sich auf eine umfassende Untersuchung über die Wirkung der verschiedenen Vollzugsmechanismen in acht Kantonen. Eine klare Abhängigkeit ist zwischen den Vollzugsanstrengungen der einzelnen Akteure und der Mängeldichte bei den rund 270 in der ganzen Schweiz untersuchten Gebäuden auszumachen. Je besser der Vollzug organisiert ist, desto eher werden die Anforderungen eingehalten. Die Forderung an die Behörde kann dabei leicht auf einen Nenner gebracht werden: Mehr Beratung statt Kontrolle. Allerdings kann es nicht Aufgabe der Behörde sein, den (Energie-)Planer zu ersetzen.

Das energiepolitische Programm des Bundes hat eine Reihe von Massnahmen, die gemeinsam mit den Kantonen zu realisieren sind. Neben der Festlegung energietechnischer Anforderungen, der Forschung, Ausbildung, Information, Finanzhilfe usw. kommt vor allem dem Vollzug der energietechnischen Massnahmen im Gebäudebereich eine zentrale Bedeutung zu. Dem Vollzug wird auch beim Aktionsprogramm «Energie 2000» grosse Bedeutung zugemessen. Ziel der Untersuchung war deshalb eine Dokumentation der bestehenden Vollzugssysteme sowie eine Mängel-evaluation der energetischen Vorschriften im Hochbau. Sie sollte zeigen, in welchen Fällen Projekt- oder Ausführungsmängel festgestellt werden können, und ob diese mit Verbesserungen beim Vollzugsablauf oder der Gesetzgebung vermindert werden können.

Ist die Entsorgung radioaktiver Abfälle verantwortbar?

(vera) «Die Endlagerung radioaktiver Abfälle als Folge gewisser Formen von Energiegewinnung ist unter den heutigen Rahmenbedingungen unum-



In Schweden schon seit langem Realität: Oberflächenanlagen des Endlagers für schwach- und mittelaktive Abfälle bei Forsmark

gänglich und damit ethisch geboten», erklärte Hans Ruh, Professor für Sozialethik an der Universität Zürich, an einem vom Forum Vera (Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle) an der ETH Zürich am 1. September durchgeführten Symposium. Bedingungen wie die angemessene Beachtung demokratischer Spielregeln, die strikte Erfüllung des Kriteriums der Nachhaltigkeit, die genaue Buchführung über das endgelagerte Material usw. sind dabei jedoch zu berücksichtigen.

Vertreter aus Wissenschaft, Industrie und Politik diskutierten Wege zur beschleunigten Lösung der Entsorgung. Thomas W. Bechtler, Delegierter des Verwaltungsrates der Hesta Holding, trat für eine ausgedehnte Energieeinsparungspolitik ein. Damit könne seiner Meinung nach die Energieintensität unserer Zivilisation reduziert werden bzw. die Energieeffizienz und somit die Ökoeffizienz gesteigert werden. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat auch Matthias Haller, Präsident der Stiftung «Risiko-Dialog», der aufzeigte, welche Aspekte die Entstehung eines echten Risikodialogs in der Regel verhindern. Erörtert wurde das Phänomen des Risikos sowie die Frage, ob die atomare Entsorgung ein Sonderfall sei. Die Bedeutung der Kommunikation zur Entschärfung der Konfliktsituation rund um die atomare Entsorgung ist unbestritten und muss mit allen Mitteln gefördert werden. Mein-

rad K. Eberle, Direktor des Paul-Scherrer-Instituts, stellte fest, dass jede Energieproduktion zu Umweltbelastungen führe. Radioaktiver Abfall ist nur einer der Stoffe, die sicher entsorgt werden müssen. Das Potential für die technischen Lösungen ist vorhanden. Der Basler Ständerat Gian-Reto Plattner setzte sich für Kommunikationsformen ein, an denen die am Konsens interessierten Institutionen, Politiker und Fachleute die Endlagerproblematik in einem demokratischen, herrschaftsfreien und kooperativen Diskurs erörtern könnten. Er rief Gegner wie Befürworter der Kernenergie zu einem konstruktiven Dialog auf.

Das Forum Vera tritt dafür ein, dass die sichere und dauernde Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz möglichst rasch und zuverlässig erledigt werden soll, ob wir nun für oder gegen Kernenergienutzung sind. Es ist an der Zeit, diejenigen Lösungen, die heute technisch möglich wären, zu realisieren. Entsorgungsarbeiten nur deshalb zu behindern, um Argumente für den Ausstieg aus der Kernenergie zu behalten, ist nach Auffassung des Forums Vera eine kurz-sichtige Politik, die der Umwelt und den kommenden Generationen schaden wird.

Forderung nach CO₂-Lenkungsabgabe

(fwe) Das Forum Wissenschaft und Energie (FWE) – ein

Zusammenschluss von rund 50 an Schweizer Hochschulen und Forschungsanstalten tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern – verlangte an einer Medienorientierung vom 30. August die Einführung einer europaweit harmonisierten und fiskalisch neutralen CO₂-Lenkungsabgabe. Der Präsident des Forums, Meinrad Schär, Professor an der Universität Zürich, überbrachte zusammen mit einer Delegation dem Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft (BEW), Eduard Kiener, fünf zentrale Forderungen von Wissenschaft und Forschung an eine künftige Energiepolitik.

Die von ETH-Professor Jürg Lang (Zürich) ausgearbeiteten Forderungen nehmen Stellung zu aktuellen und sich abzeichnenden energie- und umweltpolitischen Themen und münden in konkreten Postulaten. Das Forum Wissenschaft und Energie versteht seine Postulate als aktiven Beitrag an eine sachliche Energiediskussion.

Postuliert wird die Erhebung einer Lenkungsabgabe auf allen Energieträgern, welche zu CO₂-Emissionen führen und damit die klimatische Bedrohung verschärfen. Die Abgabe soll marktwirtschaftlich ausgestaltet, international koordiniert und fiskalisch neutral sein. Weiter fordert das Forum die massive Verstärkung der Erforschung der Auswirkungen einer höheren CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, so dass raschmöglichst die notwendigen Massnahmen geplant und durchgesetzt werden können. Ferner sind die Voraussetzungen für den rationellen Umgang mit Energie zu schaffen – nach Meinung des Forums liegt gerade darin das grösste CO₂-Reduktionspotential. Im Bereich der Sonnenenergienutzung postuliert das Forum die gezielte Weiterentwicklung der Niedertemperatur-Anwendungen, etwa beim Gebäudebau. Angesichts der nach wie vor steigenden Elektrizitätsnachfrage und der klimatischen Bedrohung soll die Nutzung der Kernenergie ausgebaut und die Entwicklung eines neuen, inhärent sicheren Reaktortyps vorangetrieben werden.